

Ohne Ehrenamt geht nichts

Zahnärzte engagieren sich für die Schwächsten der Gesellschaft

Es war eine gelungene Premiere: Auf Einladung der Bundeszahnärztekammer trafen sich erstmals Vertreter der im Inland tätigen zahnärztlichen Hilfsorganisationen zu einer Koordinierungskonferenz in Berlin. Unter den Teilnehmern waren auch Vertreter der Bayerischen Landes Zahnärztekammer. Der Referent Soziales Engagement der BLZK, Dr. Martin Schubert, und der ehemalige Präsident der Zahnärztekammer Berlin und langjährige Vorsitzende des Berliner Hilfswerks Zahnmedizin, Dr. Christian Bolstorff, hatten den Anstoß zu dem Erfahrungsaustausch gegeben.

Während sich die international engagierten zahnärztlichen Hilfsorganisationen alle zwei Jahre am Rande der Internationalen Dental-Schau (IDS) in Köln treffen, gab es bislang kein Treffen von Organisationen, die ausschließlich in Deutschland tätig sind. Bundesweit engagieren sich 23 Inlandsprojekte, in denen Zahnärzte ehrenamtlich mitwirken. Sie kümmern sich in erster Linie um Menschen ohne Krankenversicherung, um Wohnungslose oder um Patienten ohne rechtlichen Aufenthaltsstatus. Die Zahl der Menschen ohne Papiere variiert zwischen 180 000 und 520 000 – die Dunkelziffer ist hoch. Ihnen ist der Zugang zur ambulanten Regelversorgung versperrt. Deshalb ist es das wichtigste Ziel der Akteure von Zahnärztekammern, Hilfsvereinen und anderen Trägern von Hilfsprojekten, diesen Menschen einen Zugang zur zahnmedizinischen Versorgung zu verschaffen.

Netzwerk für Menschen in Not

Im Inland stellen sich zum Teil ganz andere Fragen und Probleme als bei international tätigen Hilfsprojekten. Die Bundeszahnärztekammer möchte hier Unterstützung bieten, erfahren, wo konkreter Hilfsbedarf besteht, und die Vernetzung untereinander fördern, so der Vizepräsident der BZÄK, Prof. Dr. Dietmar Oesterreich.

Der Einladung waren Vertreter von zehn Hilfsorganisationen und -projekten gefolgt. Bereits in der Vorstellungsrunde wurde deutlich, dass es nicht nur um die kostenfreie Behandlung von Wohnungslosen oder Menschen ohne Papiere



Foto: Grande/zm

Vertreter national engagierter Hilfsorganisationen trafen sich erstmals zu einem Erfahrungsaustausch in Berlin.

geht, sondern vielmehr um die zahnärztliche Versorgung vulnerabler Bevölkerungsgruppen, von Menschen in prekären Lebenssituationen, Pflegebedürftigen oder Patienten mit Handicap. „Das Engagement für solche Gruppen ist absolut notwendig“, betonte Oesterreich. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass es ein Grundrecht auf Gesundheitsversorgung gibt, das für alle in Deutschland lebenden Menschen einen ungehinderten Zugang zur Gesundheitsversorgung vorsieht – unabhängig von Herkunft und Aufenthaltstitel. Darauf wies in einem Impulsreferat Dr. Anja Dieterich, Koordinatorin der Bundesarbeitsgruppe Gesundheit/Illegalität, von der Diakonie Deutschland hin. Sie lud Zahnärztekammern und nationale Hilfsinitiativen ein, der Arbeitsgruppe beizutreten. Das Gremium arbeitet fachlich, parteiübergreifend und ohne migrationspolitische Erwägungen. Es versteht sich als Interessenvertretung für die Schwächsten der Gesellschaft, als informelles, offenes Netzwerk von derzeit 80 heterogenen, lokalen Anlaufstellen für Menschen ohne Papiere (zum Beispiel „Ärzte der Welt“ und „Malteser Migrant Medizin“) sowie von größeren Verbänden wie der Bundesärztekammer. Die Mitgliedschaft ist kostenfrei.

Mehr Aufmerksamkeit für Inlandseinsätze

Jette Krämer, Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der BZÄK, und Stefan Grande von „Zahn-

ärztliche Mitteilungen“ (zm) riefen die Vertreter der Hilfsinitiativen dazu auf, mit ihrem sozialen Engagement an die Öffentlichkeit zu gehen und die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten – von Veröffentlichungen über Social-Media-Einträge bis zur Teilnahme an Messen – zu nutzen.

Dr. Karsten Heegewaldt, Präsident der Zahnärztekammer Berlin und Vorstandsreferent der BZÄK für Soziale Aufgaben/Hilfsorganisationen, zog ein positives Resümee. Er ziehe den Hut vor dem vielseitigen ehrenamtlichen Engagement der Zahn-

ärzte für Hilfsbedürftige. Dies sei umso wichtiger, weil mit dem Vordringen von Großinvestoren auf dem Praxismarkt die Ökonomisierung der Zahnmedizin weiter voranschreite. Den von Investoren getragenen Medizinischen Versorgungszentren ginge es eher um Profit als um das Gemeinwohl.

Nach dem erfolgreichen Auftakt ist eine Wiederholung der Koordinierungskonferenz „Inländische Hilfsaktionen“ geplant.

Ulrike Nover

Leiterin Fachbereich Patienten/Soziales Engagement der BLZK

Konstruktives Gespräch

VFB traf sich mit Staatskanzlei-Chef Dr. Florian Herrmann

Fördermöglichkeiten, Gebührenordnungen, Fremdkapitalverbot und Bürokratiebelastung – diese Themen standen auf der Agenda eines Treffens der Verantwortlichen des Verbandes Freier Berufe in Bayern (VFB) mit dem Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Dr. Florian Herrmann.

In dem Gespräch unterstrich der Präsident des VFB, Michael Schwarz, die Bedeutung der Freien Berufe als „Rückgrat der Gesellschaft“. Mit ihrem Wertesystem und ihren Strukturen seien die Freiberufler „Garanten für Stabilität und Zukunftsfähigkeit“. Gerade in einem Flächenstaat wie Bayern sicherten sie mit kleinen Organisationseinheiten die flächendeckende Versorgung – selbst in ländlichen Bereichen.

Praxismarkt im Wandel

Schwarz äußerte jedoch die Befürchtung, dass Finanzinvestoren immer weiter auf den Praxismarkt vordringen könnten. So sei die Zahl der von Zahnarztketten betriebenen Medizinischen Versorgungszentren in den letzten Monaten rapide gestiegen. Gleichzeitig schwinde die Bereitschaft junger Zahnmediziner, eine eigene Praxis aufzubauen und ein Leben lang zu führen, so der Zahnarzt aus Bernau. Staatsminister Dr. Florian Herrmann sicherte den Vertretern der Freien Berufe seine grundsätzliche Unterstützung beim Erhalt der bewährten Strukturen zu. Aus der Sicht des Gesetzgebers stelle sich allerdings die Frage, ob es Sinn mache, in den Wandel auf dem Praxismarkt einzugreifen.

Redaktion



Foto: VFB

Einen Gesprächstermin mit Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Mitte) hatten die Vertreter des Verbandes Freier Berufe in Bayern. Zu Gast in der Bayerischen Staatskanzlei waren (v. l.): Dipl.-Ing. (FH) Alexander Lyssoudis, Rüdiger von Eisebeck (beide Vizepräsidenten), Michael Schwarz (Präsident) und Dr. Thomas Kuhn (Vizepräsident).